

Medienbildung und KI-Kompetenz fördern – Forderungen zur Abgeordnetenhauswahl Berlin

Die Berliner Mitglieder der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) fordern die Parteien zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2026 auf, Medienbildung nachhaltiger als bisher zu stärken und so den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

Zentrale Forderungen:

Eine ressortübergreifende Berliner Gesamtstrategie für Medienbildung und KI-Kompetenz entwickeln.

Medienbildung als Daueraufgabe des Landes Berlin anerkennen und verlässlich finanzieren.

Die bestehende medienpädagogische Infrastruktur – insbesondere die Berliner Medienkompetenzzentren – institutionell absichern und ausbauen.

Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote für pädagogische Fachkräfte in allen Bildungsbereichen langfristig sichern.

Medienpädagogische Expertise dauerhaft in multiprofessionellen Teams an Schulen etablieren.

1. Berliner Kinder und Jugendliche stärken – Medienbildung ist eine Zukunftsaufgabe in einer Kultur der Digitalität

Die Kultur der Digitalität verändert grundlegend, wie Kinder und Jugendliche lernen, kommunizieren und gesellschaftlich teilhaben. Medienbildung befähigt Kinder und Jugendliche, digitale Medien und KI kritisch zu reflektieren, kreativ zu gestalten und verantwortungsvoll für ihre eigene Bildung, gesellschaftliche Teilhabe sowie für demokratische Mitgestaltung einzusetzen.

Berlin hat mit der Aufnahme der Medienbildung als eigenständigen Bildungsbereich in das Berliner Bildungsprogramm einen wichtigen Schritt unternommen. Zudem verfügt das Land mit seinen Medienkompetenzzentren und zahlreichen außerschulischen Trägern über hohe fachliche Expertise. Dennoch endet Medienbildung häufig an den Grenzen einzelner Bildungsbereiche. **Während Kitas, Schulen, Jugendhilfe und Familien gleichermaßen vor neuen Aufgaben stehen, fehlt bislang eine gemeinsame Strategie, die Medienbildung und KI-Kompetenz über die gesamte Bildungsbiografie hinweg systematisch fördert.**

Die Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ unterstreichen, dass nachhaltiger Kinder- und Jugendmedienschutz auf ein Zusammenspiel regulatorischer Maßnahmen sowie einer systematischen Stärkung von Medienbildung, Prävention und der Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte angewiesen ist. Damit verdeutlichen sie die Notwendigkeit

nachhaltiger Bildungs- und Unterstützungsstrukturen für Kinder, Jugendliche, Eltern und Familien sowie pädagogische Fachkräfte.

Der steigende Unterstützungsbedarf in Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Familien macht deutlich, dass die vorhandenen Strukturen an ihre Grenzen stoßen.

Workshops, Beratungen und Fortbildungen werden zunehmend nachgefragt, können aufgrund begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen jedoch vielfach nicht in ausreichendem Umfang angeboten werden.

Zur Begleitung des Strategieprozesses regen wir die Wiederaufnahme des 2017 eingerichteten Runden Tisches Medienbildung an. Dieser bietet den geeigneten Rahmen, zentrale Akteur*innen im Feld der Medienpädagogik und Medienbildung regelmäßig zusammenzubringen, um ressort-, generations- und fachübergreifende Aktivitäten zu initiieren und zu begleiten, sowie Empfehlungen für Politik und Verwaltung zu erarbeiten.

#Wir fordern:

Eine ressortübergreifende Berliner Gesamtstrategie für Medienbildung und KI-Kompetenz entwickeln und am Runden Tisch Medienbildung regelmäßig begleiten.

Medienbildung als Daueraufgabe des Landes Berlin anerkennen und verlässlich finanzieren.

Bestehende medienpädagogische Infrastruktur – insbesondere die Berliner Medienkompetenzzentren – institutionell absichern und ausbauen.

2. Gesetzlichen Auftrag erfüllen – Fachkräfte qualifizieren

Medienbildung ist keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern Teil des staatlichen Bildungs-, Beteiligungs- und Schutzauftrags. Dieser Auftrag ergibt sich aus bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen auf internationaler, bundes- und landesrechtlicher Ebene. Ohne entsprechend qualifizierte pädagogische Fachkräfte kann dieser Auftrag nicht erfüllt werden.

International garantiert die UN-Kinderrechtskonvention Kindern und Jugendlichen Beteiligung, Information, Schutz und Förderung – auch im digitalen Raum. Auf Bundesebene verpflichtet das Kinder- und Jugendhilferecht im Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) junge Menschen in ihrer Entwicklung zu fördern, Benachteiligungen abzubauen und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Das schließt Medienbildung und Jugendmedienschutz ein.

Berlin trägt dieser Entwicklung Rechnung: Mit dem neuen Berliner Bildungsprogramm wurde Medienbildung als eigenständiger Bildungsbereich verankert. Darüber hinaus wird derzeit das Berliner Kinder- und Jugendhilfegesetz weiterentwickelt und das Rahmenkonzept für die medienpädagogische Arbeit in der Berliner Jugendhilfe überarbeitet. Beide Prozesse bieten die Chance, Medienbildung und Jugendmedienschutz dauerhaft strukturell zu verankern.

Dies muss sich – deutlich mehr als bisher – in der Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte widerspiegeln. Angebote der Aus-, Fort- und Weiterbildung sollten sowohl die Medien- und KI-Kompetenzen der Fachkräfte selbst als auch medienpädagogische Kompetenzen beinhalten. Angesichts der dynamischen Entwicklungen digitaler Medien und Künstlicher Intelligenz ist kontinuierliche Fortbildung keine Ergänzung, sondern Voraussetzung professionellen pädagogischen Handelns. **Damit pädagogische Fachkräfte ihren gesetzlichen Auftrag dauerhaft erfüllen können, braucht es verlässliche Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote in allen Bildungsbereichen sowie bedarfsgerechte personelle, zeitliche und sachliche Ressourcen.** Die weitgehende Einstellung medienpädagogischer Fortbildungsangebote für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe steht diesem Anspruch entgegen. Medienpädagogische Kompetenz darf nicht vom Engagement Einzelner abhängen.

#Wir fordern:

Medien-, KI- und medienpädagogische Kompetenzen verbindlich in den Qualifizierungsstandards pädagogischer Berufe verankern.

Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote für pädagogische Fachkräfte in allen Bildungsbereichen langfristig sichern.

Medienbildung und Jugendmedienschutz in den laufenden Berliner Reformprozessen dauerhaft verankern.

3. Mehr als Geräte – Medienbildung in der Schule zukunftsfähig gestalten

Obwohl Medienbildung seit vielen Jahren zum Bildungsauftrag von Schule gehört, ist sie im Schulalltag häufig noch nicht systematisch verankert. Präventive Medienbildung tritt vielfach hinter der Bearbeitung akuter Problemlagen wie Cybermobbing oder digitaler Gewalt zurück. Gleichzeitig gewinnen neue Herausforderungen wie Künstliche Intelligenz und Desinformation weiter an Bedeutung.

Die aktuellen Diskussionen um den Umgang mit sozialen Medien zeigen den politischen Handlungsbedarf. Nachhaltige Prävention entsteht jedoch nicht durch kurzfristige oder ausschließlich restriktive Maßnahmen, sondern durch kontinuierliche Medienbildung, die Kinder und Jugendliche befähigt, digitale Medien kritisch, verantwortungsvoll und selbstbestimmt zu nutzen. **Schulen können diesen Anforderungen nicht allein gerecht werden. Lehrkräfte stehen bereits vor vielfältigen Aufgaben und benötigen Zeit, Qualifizierung sowie verlässliche Unterstützung durch spezialisierte medienpädagogische Fachkräfte und außerschulische Partnerschaften.**

An einigen Berliner Schulen zeigen Kooperationen mit außerschulischen Trägern bereits, wie nachhaltige Medienbildung gelingen kann. Ihre Stärke liegt nicht allein in der Unterstützung bei akuten Problemlagen, sondern in der kontinuierlichen Zusammenarbeit: In multiprofessionellen Teams entwickeln medienpädagogische Fachkräfte gemeinsam mit Lehrkräften und Schulsozialarbeit langfristige Konzepte, die Prävention, kreatives Arbeiten und Schulentwicklung miteinander verbinden. Damit solche Ansätze nicht auf Einzelprojekte beschränkt bleiben, müssen sie dauerhaft strukturell und finanziell abgesichert werden.

#Wir fordern:

Medienpädagogische Expertise dauerhaft in multiprofessionellen Teams an Schulen etablieren.

Prävention als festen Bestandteil schulischer Medienbildung stärken.

Kooperationen zwischen Schule und außerschulischer Medienbildung verstetigen und finanziell absichern.

4. Vielfalt erhalten und fördern – Außerschulische Medienbildung stärken

Medienbildung entlang der gesamten Bildungsbiografie braucht starke außerschulische Strukturen. Sie ergänzen formale Bildungsangebote und schaffen Räume für niedrigschwellige, lebensweltorientierte und partizipative Bildungsprozesse.

In Berlin übernehmen diese Aufgabe insbesondere die zwölf Medienkompetenzzentren. **Sie bündeln medienpädagogische Expertise, qualifizieren Fachkräfte, beraten Träger und Einrichtungen, begleiten Organisationsentwicklungsprozesse und setzen praxisnahe Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien um.** Mit ihrer bereichsübergreifenden Arbeit an den Schnittstellen von Kinder- und Jugendhilfe, Schule und Familienbildung reagieren sie auf die sich wandelnden Anforderungen der Kultur der Digitalität.

ihre zielgruppengerechten Angebote richten sich zudem an Familien, Kinder und Jugendliche, die über die Schule oft nicht erreicht werden (queere Jugendliche, alleinerziehende Elternteile, Menschen mit Fluchterfahrung) und sind so ein unverzichtbarer Teil einer Berliner Gesamtstrategie zur Medienbildung. Medienkompetenzzentren sind insbesondere für Familien und Eltern da, die Unterstützung in der Medienbildung und -erziehung brauchen,

Die bestehenden Finanzierungsstrukturen werden dieser gewachsenen bereichsübergreifenden Rolle bislang jedoch nicht ausreichend gerecht. Um die eigenständige Rolle außerschulischer Medienbildung nicht nur im Hinblick auf Kooperation mit Schule langfristig zu stärken, braucht es verlässliche Finanzierungsstrukturen für die Berliner Medienkompetenzzentren.

#Wir fordern:

Die Berliner Medienkompetenzzentren als zentrale Unterstützungsstrukturen der außerschulischen Medienbildung langfristig und verlässlich absichern.

Zielgruppengerechte Angebote sichern, die die Vielfalt der Berliner Familien, abbilden und Inklusion fördern .

Mehrjährig angelegte Förderstrukturen schaffen, die Planungssicherheit und eine kontinuierliche Personal- und Angebotsentwicklung ermöglichen.

Die GMK – Fachliche Expertise in Berlin nutzen

Die **Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK)** ist der bundesweite Fachverband für Medienbildung und Medienpädagogik. Sie vernetzt seit über vierzig Jahren Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und setzt sich für eine chancengerechte, demokratische und lebensweltorientierte Medienbildung ein.

Die Landesgruppe Berlin-Brandenburg setzt sich aus institutionellen und Einzelmitgliedern zusammen, schafft Vernetzung im Metropolraum Berlin-Brandenburg zwischen Fachkräften der praktischen Medienarbeit, Institutionen sowie Forschungseinrichtungen und bietet so Austausch und Zugang zu aktuellen Ergebnissen der medienpädagogischen Forschung. Qualität und Qualitätsentwicklung in der Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Landesgruppe.

#Wir bieten:

Die Berliner Mitglieder der GMK begleiten seit vielen Jahren Kinder, Jugendliche, Familien sowie pädagogische Fachkräfte in Schule und Jugendhilfe. Sie verfügen über umfangreiche Praxiserfahrungen in der Entwicklung, Umsetzung und Evaluation medienpädagogischer Angebote. Diese Expertise gilt es zu nutzen. Wir stehen als Ansprechpersonen zum Austausch und zur gemeinsamen Entwicklung von tragfähigen Konzepten zur Verfügung.

Fazit

Medienbildung ist eine gemeinsame Aufgabe entlang der gesamten Bildungsbiografie. Medien- und KI-Kompetenz entsteht dabei nicht durch kurzfristige oder ausschließlich restriktive Maßnahmen, sondern durch kontinuierliche Medienbildung, die Kinder und Jugendliche befähigt, digitale Medien kritisch, verantwortungsvoll und selbstbestimmt zu nutzen. Dies gelingt nur, wenn frühe Bildung, Schule, Kinder- und Jugendhilfe sowie außerschulische Träger gemeinsam handeln. Berlin braucht deshalb eine langfristig angelegte Gesamtstrategie, um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, verlässliche und bereichsübergreifende Finanzierungsstrukturen und starke Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote für Fachkräfte .

#Wir fordern:

Wer Kindern und Jugendlichen Bildung, Teilhabe und demokratische Mitgestaltung in einer Kultur der Digitalität ermöglichen will, muss alle Träger und Akteure dauerhaft absichern und Angebote kontinuierlich weiterentwickeln.

Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK)
[Landesgruppe Berlin-Brandenburg](#)

Kontakt:

GMK e.V. | Obernstr. 24 a, 33602 Bielefeld | 0521 67788 | gmk@gmk-net.de | www.gmk-net.de